

Stabilisierungspolitische Konzeptionen

Neoklassik

- Marktwirtschaftliche Systeme tendieren von sich heraus zum gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht (Stabilitätshypothese)
- Es sind keine kurzfristigen stabilisierungspolitischen Maßnahmen erforderlich (Marktoptimismus)
- Plädiert für eine langfristig ausgerichtete Politik der Gestaltung der Rahmenbedingungen (Dominanz der Ordnungspolitik)
- Verzicht auf kurzfristige Stop and Go-Interventionen zur Beeinflussung der Nachfrage, Verbesserung der Angebotsbedingungen (Angebotsorientierung)
- Preisniveaustabilität ist Voraussetzung für das unverfälschte Funktionieren des Marktmechanismus
- Lohnpolitik trägt Verantwortung für Vollbeschäftigung. Plädoyer für eine zurückhaltende (produktivitätsorientierte) Lohnpolitik
- Hauptverantwortung für die Preisniveaustabilität übernimmt die verstetigte (potentialorientierte) Geldpolitik (Dominanz der Geldpolitik)
- Finanzpolitik als Allokationspolitik; Aufgabe der Finanzpolitik ist die angemessene Versorgung mit öffentlichen Leistungen. Im Zweifel Reduktion des Staatsanteils
- Krisen werden als notwendige Voraussetzung für die langfristige Sicherung des Wohlstandes interpretiert. (Krisen als Reinigungskrisen)

Postkeynesianismus

- Marktwirtschaftliche Systeme neigen aus sich heraus zu Konjunkturschwankungen (Instabilitätshypothese)
- Aufgrund des nicht voll funktionsfähigen Marktsystems sind staatliche Stabilisierungsmaßnahmen erforderlich (Marktversagen)
- Plädiert für eine kurzfristige antizyklische Konjunkturpolitik (Dominanz der Prozesspolitik)
- Zentraler Ansatzpunkt zur Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung sind die gesamtwirtschaftlichen Nachfragekomponenten
- Plädiert wird insbes. für eine staatliche Beschäftigungspolitik (Dominanz der Vollbeschäftigung)
- Die Hauptverantwortung übernimmt die staatliche Finanzpolitik; Hoffnung auf Multiplikatoreffekte
- Geldpolitik übernimmt eine die Fiskalpolitik unterstützende Funktion („billiges Geld in der Rezession“)
- Krisen werden als Fehlentwicklungen mit sozialpolitisch negativen Konsequenzen interpretiert. Aufgabe des Staates ist es Krisen entgegenzuwirken.